

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 26. Juni 2006, 19.00 - 20.05 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP

Anwesend:

Antenen Peter, parteilos	Matter Brigitta, SD
Arm Alfred, SP	Mooser Barbara, FDP
Berlinger Annemarie, SP	Moser Hans, SVP
Bühler Evelyn, FDP	Oester Daniel, jfk
Burren Christian, parteilos	Pestalozzi Hansueli, GB
Caminada Ignaz, CVP	Remund Jan, GFL
Egli Claudia, SP	Rüegsegger Elisabeth, SVP
Fischli Liz, GB	Salvisberg Ueli, SVP
Graber Martin, SP	Salzmann Christoph, SP
Hänni Thomas, FDP	Sidler Rita, SP
Henggj Harald, FDP	Schmid Hermann, SP
Kohler Hanspeter, FDP	Staub Hugo, SP
Krebs Daniel, SVP	Staub Stephanie, SP
Lagger Valentin, CVP	Stucki Mark, FDP
Lehmann Stefan, SVP	Troxler Elisabeth, SP
Mäder Anna, SP	Wyss Ursula, GFL
Maibach Urs, GB	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt:

Balz Christian, FDP
Bichsel Bernhard, jfk
Gysel Hermann, EVP
Stähli Markus, parteilos
Streiff Marco, EVP

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
Haudenschild Rita, GB	

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	--
2. Neuwahlen Schulkommissionen Wahlen; Direktion Bildung und Soziales	--
3. Gemeinderechnung 2005 Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen	--
4. Verwaltungsbericht 2005 Genehmigung; alle Direktionen	--
5. Schlussbericht Legislaturplanung 2002 - 2005 Kenntnisnahme; alle Direktionen	--
6. Aufhebung des Reglementes über die Einbürgerungskommission Reglement; Direktion Sicherheit	--
7. Familienergänzende Kinderbetreuung / Ausbau des Betreuungsangebotes im Bereich der Kindertagesstätten und der Tagespflege Kredit; Direktion Bildung und Soziales	--
8. Agglomerationsstrategie Bericht; Direktion Präsidiales und Finanzen	--
9. Liebefeld, Neumatt, Basiserschliessung Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe	120
10. Niederwangen, Realisierung ESP Juch Hallmatt, Erschliessung Wasser, Baufelder 9 und 10 Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe	121
11. Postulat FDP betr. Schaffung von zusätzlichen Industriezonen Erfüllung und Abschreibung; 0119; Direktion Planung und Verkehr	121
12. Postulat SP/JUSO betr. qualitative Siedlungsentwicklung im Wangental Erfüllung und Abschreibung 0301; Direktion Planung und Verkehr	123
13. Interpellation Antenen (SP) betr. Fahrzeug- und Maschinenpark der Gemeinde Köniz bezüglich Schadstoffimmissionen Beantwortung 0602; Direktion Planung und Verkehr	124
14. Postulat Staub (SP) betr. Tempo 30 auf der Hessesstrasse Beantwortung 0604; Direktion Planung und Verkehr	124
15. Interpellation Stucki, Kohler (FDP) betr. Zulässigkeit von Motionen - klare Kriterien Beantwortung 0605; Direktion Präsidiales und Finanzen	125
16. Interpellation SP betr. Beleuchtung Fussgängerstreifen Beantwortung 0606; Direktion Planung und Verkehr	126
17. Interpellation Egli (SP) Krebs (SVP) betr. Wie weiter in Niederwangen und im Ried Beantwortung 0607; Direktion Planung und Verkehr	126
18. Verschiedenes	126

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse euch zum zweiten Teil der Sitzung, die am 19. Juni 2006 begann. Ein spezieller Gruss gilt Herrn Hermann Schmid, SP, der seine erste Sitzung als Parlamentsmitglied mitmacht und den Sitz des zurückgetretenen Christian Vifian einnimmt.

Ich wurde von diversen Parlamentsmitgliedern - die zum Teil bereits entsprechend gekleidet sind - darauf angesprochen, heute Abend rechtzeitig aufzuhören, damit die Parlamentsmitglieder den Fussballmatch Schweiz - Ukraine mitverfolgen können. Für die Erreichung dieses Zieles bin ich aber auf euch angewiesen. Der Fussballmatch Schweiz - Ukraine wird sicher eine spannende Angelegenheit sein.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Für die Teilnahme an der Tagung betr. Agglomerationsstrategie haben die Fraktionen folgende Vertretungen gemeldet: Rolf Zwahlen (CVP/EVP-Fraktion), Christoph Salzmann (SP-Fraktion), Mark Stucki (FDP/jfk-Fraktion), Urs Maibach (GB/GFL-Fraktion) und Niklaus Hofer (SVP-Fraktion). Der neue Sitzplan wurde auf den Pulten verteilt und ebenfalls die Analyse zum Rechnungsergebnis 2005, welche an der letzten Sitzung verlangt wurde. Die Abhaltung der Parlamentssitzung vom 21. August 2006 ist noch nicht definitiv, denn bis jetzt sind nur vier Traktanden vorhanden. Allerdings finden noch zwei Gemeinderatssitzungen statt, woraus sich noch Traktanden ergeben können.

9. Liebefeld, Neumatt, Basiserschliessung Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe

Herr Urs Maibach (GB; GPK-Sprecher): Am 22. September 2002 wurde die Überbauungsordnung (ÜO) Neumatt, Köniz mit Nutzungsplanänderung von den Stimmberechtigten angenommen. Mit dieser ÜO wurde das Gebiet der Firma Hunziker baurechtlich neu geregelt und ein Erschliessungsvertrag abgeschlossen, der die Kostenverteilung zwischen den Grundeigentümern und der Gemeinde Köniz regelt. Die Finanzierung erfolgt über die reglementarischen Gebühren respektive aus der Spezialfinanzierung Wasser und Abwasser, Werterhalt. Die Finanzierung ist innerhalb der bewilligten Jahrestanche 2006 und 2007 des Investitionsplanes sichergestellt. Es handelt sich um ein notwendiges und unbestrittenes Projekt.

Den meisten von euch ist sicher die Tatsache aufgefallen, dass die Anlagen bereits im Bau sind und wir hier erst rückwirkend über den Verpflichtungskredit entscheiden können oder müssen. Ich stellte beim Betrachten der Unterlagen jedoch fest, dass der vorgenommene Ablauf logisch ist. Damit eine Erschliessung, die unter Umständen niemand will, verhindert werden kann, wird mit den Bauarbeiten erst begonnen, wenn die Baubewilligung vorliegt. Liegt die Baubewilligung jedoch vor, eilt es der Bauherrschaft in der Regel. Damit im vorliegenden Fall so rasch als möglich mit der Erschliessung begonnen werden konnte, wurde in den Erschliessungsverträgen festgehalten, dass die Bauherrschaft alle Ausgaben für die Finanzierung der Ver- und Entsorgungsanlagen bevorschussen kann. Das Erschliessungsprojekt läuft über die Direktion Gemeindebetriebe, d.h. Planung, Ausschreibung und Auftrag selber. Die Bauherrschaft kann somit nichts in eigener Regie vornehmen.

Das Geschäft ist gut aufgegleist und die GPK empfiehlt es dem Parlament einstimmig zur Annahme.

Ich gebe noch die Meinung der GB/GFL-Fraktion bekannt: Wir werden dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Das Parlament bewilligt den Verpflichtungskredit von Fr. 450'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 520.501.4267, für die Erstellung der Basiserschliessung der Wasserversorgungsanlagen für die Überbauung Neumatt.
2. Das Parlament bewilligt den Verpflichtungskredit von Fr. 265'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 530.501.1257 für die Erstellung der Basiserschliessung der

10. Niederwangen, Realisierung ESP Juch Hallmatt, Erschliessung Wasser, Baufelder 9 und 10

Verpflichtungskredit; Direktion Gemeindebetriebe

Herr Urs Maibach (GB; GPK-Sprecher): Das vorliegende Geschäft verfügt über sehr viele Parallelen zum vorangegangenen. Die Erschliessung der Baufelder 9 und 10 im ESP Juch Hallmatt wurde vor allem durch das Bauvorhaben "Bauhaus" ausgelöst. Ebenfalls wurde hier ein Infrastrukturvertrag abgeschlossen, welcher der Bauherrschaft erlaubte, sofort nach Vorliegen der Baubewilligung mit der Realisierung der Erschliessung zu beginnen. Das Gesuch für Beiträge an Löschwasseranlagen wird nach der Kreditgenehmigung an das Wasserwirtschaftsamt des Kantons Bern eingereicht. Pro Hydrant wird ein Betrag von pauschal 3'000 Franken ausbezahlt. Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Geschäft zuzustimmen. Ich gebe die Meinung der GB/GFL-Fraktion bekannt: Sie wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Parlament bewilligt den Verpflichtungskredit von Fr. 730'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 520.501.4656, für die Erschliessung Wasser des ESP Juch Hallmatt (Baufelder 9 und 10) in Niederwangen.

11. Postulat FDP betr. Schaffung von zusätzlichen Industriezonen

Erfüllung und Abschreibung 0119; Direktion Planung und Verkehr

Herr Thomas Hänni (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion nahm die Antwort des Gemeinderates mit gemischten Gefühlen entgegen. Uns ist klar, dass die Schaffung von zusätzlichen Industriezonen auf unserem dicht besiedelten Gemeindegebiet schwierig ist und niemand gerne Fabriken in der Nähe seines Wohnquartiers hat. Trotzdem sind wir der Meinung, dass dieses Geschäft weiter verfolgt werden muss, weil uns die Aussagen des Gemeinderates, in der Gemeinde Köniz (insbesondere im Ortsteil Köniz/Liebefeld) seien zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen worden, die Bilanz sei positiv, etwas beunruhigen. Es handelt sich jedoch vor allem um Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, die von gut Ausgebildeten besetzt werden. Uns ist aber wichtig, dass in unserer Gemeinde auch Arbeitsplätze im Produktionssektor angeboten werden, die von weniger gut Ausgebildeten besetzt werden können. Die Gemeinde Köniz soll nicht zu einer elitären Dienstleistungsgemeinde mutieren und alles, was mit Handwerk, Industrie und Gewerbe, mit Dreck und Lärm, verbunden ist, in andere Gemeinden verschieben. Die FDP/jfk-Fraktion will das Postulat nicht abschreiben und bittet euch, der Nichtabschreibung zuzustimmen. Damit bleibt die Möglichkeit bestehen, die Schaffung von Produktionsbetrieben - d.h. Arbeitsplätze in Handwerk, Gewerbe und Industrie - weiter zu verfolgen.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich unterstütze die Ausführungen von Thomas Hänni. Es wäre schade, das Postulat zum heutigen Zeitpunkt abzuschreiben, sind wir doch gerade im Begriff, ein neues Entwicklungskonzept zu entwerfen, wohinein das Anliegen für die Schaffung von zusätzlichen Industriezonen gehört. Das Postulat wurde von 19 Parlamentsmitgliedern unterzeichnet und erheblich erklärt. Die kurz gefasste Abhandlung bezüglich der Realisierung von Industriezonen entlang der Schwarzenburgstrasse befriedigt mich nicht. Ich bin der Meinung, dass Arbeitsplätze in der Nähe von Wohnraum Gold wert sind, weil durch kurze Arbeitswege weniger Verkehr entsteht. Das ist in meinen Augen Lebensqualität. Ich erkläre mich mit der Aussage, die Gebiete entlang der Schwarzenburgstrasse zwischen Liebefeld und Mittelhäusern, seien "überwiegend Wohnorte" und das Wangenteil sei "Arbeitsort", nicht einverstanden. Diese Unterteilung ist in meinen Augen nicht gut. Ich bitte euch, das Postulat nicht abzuschreiben.

Frau Claudia Egli (SP): Die SP-Fraktion ist der Meinung, das Postulat sei abzuschreiben und dies aus folgendem Grund: Wir konnten der Antwort des Gemeinderates entnehmen, dass die von den Postulanten angegebenen Standorte nicht ideal für die Schaffung von Industriezonen seien. Wir wissen, dass ein neues Raumentwicklungskonzept erarbeitet wird und vielleicht

ergeben sich anhand dessen besser geeignete Standorte. Das Wangental - wo ich wohne - verfügt einerseits über viele Industriebetriebe und die Luftqualität ist nicht gut. Andererseits wachsen aber auch die Siedlungsgebiete und das Wangental soll nicht noch weiter zu Industriegebiet ausgebaut werden. Auch zu erwähnen ist, dass die Freiburgstrasse im Wangental äusserst sanierungsbedürftig ist und das "Konzept 94", mit welchem die wenigen noch vorhandenen Grünflächen erhalten bleiben sollen, soll nicht über Bord geworfen werden. Die Dörfer sollen ihren eigenständigen Charakter erhalten und nicht zu einem Einheitsdorf zusammenwachsen. Anlässlich der ersten Sitzung zum neuen Raumentwicklungskonzept wurde der Erhalt der noch vorhandenen Grünflächen im Wangental als sehr wichtig erklärt. Die SP-Fraktion stimmt für die Abschreibung des Postulates, aber wir müssen weiter an der Schaffung von zusätzlichen Industriezonen arbeiten. Die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor ist ebenfalls wichtig, wir müssen weiterhin darauf achten, dass Dienstleistungsbetriebe möglichst in der Nähe des öffentlichen Verkehrs angesiedelt werden. Wir müssen jedoch auch mit Firmen - wie z.B. momentan Styner und Bienz - Verhandlungen aufnehmen, um eine eventuelle Abwanderung zu verhindern.

Herr Jan Remund (GFL): Die GB/GFL-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates und stimmt für die Abschreibung des Postulates. Dessen Forderungen sind durchaus prüfenswert und die Distanz zwischen Wohnen und Arbeiten soll nach unserer Meinung möglichst klein sein. In Köniz - vor allem in der oberen Gemeinde - ist das nicht der Fall. Wir erklären uns von der Antwort des Gemeinderates grundsätzlich - nicht in ganz allen Punkten - befriedigt. Das Problem muss anlässlich des neuen Raumentwicklungskonzeptes vertieft betrachtet werden. Wir erklären uns mit den hohen Bedingungen, welche der Gemeinderat für die Einzonung von Industriegebieten setzt, nicht ganz einverstanden. Bei der Einzonung von kleineren Gebieten kann z.B. von der Bedingung, dass ein Autobahnzubringer in unmittelbarer Nähe sein muss, Abstand genommen werden. Auch ist ein Verweis auf die letzte Ortsplanungsrevision nicht gut, wenn bekannt ist, dass die neue Ortsplanungsrevision aufgegleist wird. Das Gebiet Juch Hallmatt ist nach unserer Meinung ein sehr guter Entwicklungsschwerpunkt, aber die optimale Lage macht ihn zu einem sehr teuren - nicht bezahlbaren - Ort für Industriebetriebe und zudem verkaufen die Landbesitzer ihre guten Areale nicht.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich gebe hier meine persönliche Meinung weiter, da ich mich nicht mit Bernhard Bichsel absprechen konnte: Das Postulat ist noch nicht abzuschreiben, weil wir keine Garantie dafür haben, dass das Anliegen für die Schaffung von zusätzlichen Industriezonen im Rahmen des Raumentwicklungskonzeptes wieder aufgenommen wird. Ich bin der Meinung, dass in jedes Gemeindeportfolio Landreserven gehören, auf welchen Industriebetriebe gebaut werden können, denn diese verursachen heute nicht mehr unbedingt viel Lärm und Immissionen.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die gehaltenen Voten zu diesem Geschäft. Bezüglich der vorgeschlagenen Abschreibung des Postulates kann ich Folgendes erklären: Das Postulat wurde sorgfältig geprüft und die Planungsabteilung nahm zu jedem der auf den beiliegenden Plänen aufgeführten Gebiete genaue Abklärungen vor, die 13 Faktoren beinhalteten: Die Fläche, Proportion und Topografie der Fläche, Autobahnanschluss, Nähe des öffentlichen Verkehrs, Sichtbarkeit, Nutzungsflexibilität, ob das Land eingezont ist, ob flexible Zonenvorschriften vorhanden sind, Verfügbarkeit, Erschliessungskosten, Landpreis und ob spezielle Verträge möglich sind. Diese genaue Betrachtung der im Postulat vorgeschlagenen Gebiete ergab, dass keines alle Bedingungen erfüllt. Deshalb bitte ich euch, das Postulat abzuschreiben. Zudem läuft die Revision des Raumentwicklungskonzeptes und ich werde die Anliegen des Postulates in die Abklärungen einbeziehen. Wir werden nach einer Antwort suchen, aber ich kann nichts versprechen. Gemäss Rolf Zwahlen sollte auch das Gebiet entlang der Schwarzenburgstrasse zwischen Liebefeld und Mittelhäusern eingehend betrachtet werden. Ich gebe jedoch zu bedenken, dass wie im Wangental grosse Probleme entstehen können, wenn Industriebetriebe mit Immissionen und Wohnen in unmittelbarer Nähe sind. Industriebetriebe suchen jeweils Standorte mit Autobahnanschluss, das ist - gemäss diversen Anfragen - ein wichtiges Argument und auch sinnvoll, damit die anliefernden Lastwagen keine grossen Umwege via Dörfer zu absolvieren haben. Ich verstehe die Sorge der FDP/jfk-Fraktion, die das Gefühl hat, in der Gemeinde Köniz seien nur qualifizierte Arbeitsplätze in Dienstleistungsbetrieben vorhanden. Aber auch in Dienstleistungsbetrieben sind Möglichkeiten für einfachere Arbeitsplätze vorhanden, ich denke an all die Heime in der Gemeinde Köniz, wel-

che in der Hauswirtschaft jeweils Arbeitsplätze für Personen mit keiner oder schlechter Ausbildung anbieten können. Die Einzonung von kleineren Gebieten, wie sie Jan Remund vorschlug, ist sicher eine Möglichkeit, diese wurde jedoch bei der Beantwortung des Postulates nicht einbezogen; wir prüften nur Areale ab der Grösse von 1 Hektare, was die Voraussetzung dafür ist, grosse Industriebetriebe ansässig zu machen. Wir werden das Anliegen für die Schaffung von zusätzlichen Industriezonen in die Diskussionen über das neue Raumentwicklungskonzept einbeziehen und aus diesem Grund bitte ich euch, das Postulat abzuschreiben.

Mit 22 : 13 Stimmen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Postulat FDP betr. Schaffung von zusätzlichen Industriezonen (0119), wird abgeschrieben.

12. Postulat SP/JUSO betr. qualitative Siedlungsentwicklung im Wangental

Erfüllung und Abschreibung 0301; Direktion Planung und Verkehr

Herr Hugo Staub (SP): Normalerweise steht in den Unterlagen von parlamentarischen Vorstössen vor der Liste der Unterzeichnenden jeweils, wann der Vorstoss eingereicht wurde. Das ist hier nicht der Fall. Der Vorstoss wurde am 17. Januar 2003 eingereicht und am 18. August 2003 erklärte der damalige Grosse Gemeinderat den Vorstoss erheblich. Etwas salopp könnte Folgendes beschrieben werden: Eingereicht in der Ära Hänni, liegen geblieben in der Ära Wilk und Prüfungsbericht in der Ära Sedlmayer. Auch wenn der Weg etwas lang war, erkläre ich mich von der Antwort befriedigt, die ausführlich und stichhaltig ist. Unsere Einschätzung zu den einzelnen Teilgebieten deckt sich weitgehend mit jener des Gemeinderates. Ich gehe kurz auf drei Ausnahmen ein und führe die im vorhergehenden Geschäft geführte Diskussion betreffend Dienstleistungs- oder Industrienutzung weiter. ZPP 7/4, Industrie Bahngässli, Parzelle Meinen: Dieses Areal eignet sich selbstverständlich auch für Dienstleistungen und in ein Portfolio einer Gemeinde gehören grosse Areale für Dienstleistungsunternehmen. Solche Areale sind in unserer Gemeinde jedoch nicht zahlreich vorhanden. Die Parzelle Meinen wurde bis anhin zu Preisen angeboten, die für Industriebetriebe anscheinend nicht interessant waren, denn sonst wäre dort längstens etwas geschehen. Wir sind der Meinung, dass im Rahmen der Arbeiten zur Revision der Ortsplanung auch die Nutzungsbestimmungen für dieses Areal geprüft werden müssen. In den Ausführungen des Gemeinderates ist zu lesen, dass dies nicht notwendig sei. Diese Prüfung ist in unseren Augen jedoch zweckmässig, zumal eine enge Nachbarschaft zu Wohnnutzungen besteht. Wie heute bereits von Claudia Egli ausgeführt wurde, bestehen im Wangental verschiedenste Konflikte. Die zweite Abweichung sehen wir in der ZPP 7/5, Riedacker, Niederwangen: Zu diesem bewilligten aber bisher noch nicht ausgeführten Projekt steht in der Antwort des Gemeinderates auf Seite 2 Folgendes geschrieben: "Sofern vor Ablauf der Baubewilligung Investoren resp. Nutzer gefunden werden, hat die Planungsbehörde keine Handlungsmöglichkeit mehr (Einhaltung von Treu und Glauben)." Das ist jedoch nicht nur eine Frage von Treu und Glauben gegenüber einem Projektgeber, sondern auch gegenüber der Stimmbevölkerung von Köniz. Zu beachten gilt, dass dieses bis jetzt nicht zur Ausführung gelangte Projekt nicht auf den heute geltenden Vorschriften, sondern auf den vorhergehenden beruht und niemand mehr zu finden ist, der dieses Projekt umgesetzt sehen möchte. Deshalb ist zu hoffen, dass die Baubewilligung abläuft, ohne dass etwas passiert. Viel besser wäre es jedoch, wenn die Beteiligten rascher als auf dem Weg des Ablaufs der Baubewilligung einen Übungsabbruch vornehmen, um damit den Boden für eine Neuplanung zu ebnen.

Insgesamt sind wir mit dem Prüfungsbericht sehr zufrieden und können der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Herr Jan Remund (GFL): Die GB/GFL-Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen. Die Forderungen sind sicher sinnvoll. Das Wangental ist ein teilweise unattraktiver Wohnort, es darf nicht noch mehr zur "Ablaufrinne" der Gemeinde Köniz werden. Wir erklären uns von der Antwort des Gemeinderates befriedigt. Die Anliegen müssen im neuen Raumentwicklungskonzept vertieft geprüft werden. Wir sind der Meinung, dass immissionsarme Dienstleistungsnutzungen im Wangental zu einer Verbesserung der Lärmsituation führen kön-

nen.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke herzlich für die positive Aufnahme der Antwort des Gemeinderates. Das Postulat ist konträr zum vorhergehenden Geschäft, werden hier doch explizit immissionsarme Industriebetriebe gewünscht, damit das Wangental nicht noch mehr übernutzt wird. Bezüglich dem von Hugo Staub Gesagten zum Areal Meinen: Die Nutzungsbestimmungen können anlässlich der Ortsplanungsrevision durchaus geprüft werden. Zur ZPP Riedacker ist zu sagen, dass der Bauherr das Recht hatte, die Baubewilligung noch ein letztes Mal für zwei Jahre zu verlängern. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass nicht gebaut wird, weil dafür zwei Drittel der Nutzer vorhanden sein müssen. Bis jetzt fand der Bauherr diese Nutzer noch nicht. Wir werden anlässlich des REK (Raumentwicklungskonzept) und der Ortsplanungsrevision die verschiedenen Zonen überdenken und versuchen, die Industriezonen zu konzentrieren. Wir versuchen, um im Wangental eine Verzettlung zu verhindern, zuerst den ESP Juch Hallmatt zu füllen. Ein wichtiger Punkt hiezu ist, dass die Kommission Wangental eingesetzt wurde, welche die Ortsplanungsrevision begleiten wird.

Mit grossem Mehr fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Postulat SP/JUSO betr. qualitative Siedlungsentwicklung im Wangental (0301) wird abgeschrieben.

13. Interpellation Antenen SP betr. Fahrzeug- und Maschinenpark der Gemeinde Köniz bezüglich Schadstoffimmissionen

Beantwortung 0602; Direktion Planung und Verkehr

Herr Peter Antenen (parteilos): Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung und erkläre mich von der Antwort befriedigt. Einige Bemerkungen: Die Antwort des Gemeinderates zeigt, dass im Fuhrpark der Gemeinde mehrheitlich Fahrzeuge ohne Russpartikelfilter vorhanden sind. Es handelt sich jedoch meist um Spezialfahrzeuge, die nicht täglich im Einsatz sind. Der Gemeinderat zeigt in der Antwort auf, dass für einen Umbau von Fahrzeugen, bei welchen es Sinn macht, ungefähr 64'000 Franken aufgewendet werden müssten. Betrachten wir die finanzielle Lage der Gemeinde, macht es keinen Sinn, hier Geld auszugeben, sondern es gilt beim jeweiligen Ersetzen der Fahrzeuge solche zu erwerben, die auf dem jeweils neuesten technischen Stand sind. Mich freut, dass sich der Gemeinderat nicht primär dagegen wehrt, allenfalls Bestimmungen ins Submissionsverfahren der Gemeinde aufzunehmen, die bewirken, dass möglichst schadstoffarme Fahrzeuge offeriert werden.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

14. Postulat Staub Hugo SP betr. Tempo 30 auf der Hessesstrasse

Beantwortung 0604; Direktion Planung und Verkehr

Herr Hugo Staub (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die positive Aufnahme des Postulates. An der Hessesstrasse wird gewohnt, die Schule und der Kindergarten sind nahe, es wird gearbeitet. Ein grosser Teil des Verkehrs auf der Hessesstrasse hat jedoch nichts mit diesen Nutzungen zu tun, sondern ist grossräumiger Durchgangsverkehr. Für diesen grossräumigen Durchgangsverkehr wurde unterdessen die Bündenerstrasse in Betrieb genommen. Deshalb drängt es sich nun auf, über die Funktion der Hessesstrasse nachzudenken und dazu gehört die Frage eines angemessenen Geschwindigkeitsregimes. Keine Angst, die Hessesstrasse ist in unseren Augen ein Sonderfall und wir werden nicht schrittweise die Einführung von Tempo 30 auf dem Basisnetz verlangen. Tempo 30 auf Hauptstrassen ist kein Patentrezept, aber in Fällen wie dem hier vorliegenden, ist es eine äusserst kostengünstige und in mehrfacher Hinsicht wirksame Massnahme. Wenn auf so einfache Art die Verkehrssicherheit erhöht werden kann, wenn Lärm- und Schadstoffe reduziert werden können, ohne dabei grössere Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, muss Tempo 30 geprüft werden. Das hat der Gemeinderat vor und deshalb sind wir froh für die positive Aufnahme des Postulates. Ich bitte euch, das Postulat zu unterstützen. Wir sind sehr gespannt auf die Antwort des Kantons, denn die Gemeinde ist nicht völlig autonom im Festlegen der Bestimmungen.

Herr Hansueli Pestalozzi (GB): Vor zwei Jahren beauftragte die Gemeinde ein externes Verkehrsbüro, Massnahmen für die Hessesstrasse zu prüfen, was unter anderem von den Anwohnenden gefordert wurde. Das Fazit des Verkehrsbüros: "Die Hessesstrasse ist eine Verbindungsstrasse und keine Quartierstrasse. Eine Reduktion der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit auf 30 Stundenkilometer ist also nicht sinnvoll." Seit der Einführung der Tempo-30-Zone im Zentrum von Köniz wissen wir, dass diese Aussage so nicht mehr stimmt, Tempo 30 ist realisierbar. Mit der Forderung von Tempo 30 auf der Hessesstrasse können drei Tore auf einmal erzielt werden: Ein ökologisches, ein soziales und ein finanzielles. Zuerst zum ökologischen: Mit Tempo 30 werden die Lärmimmissionen deutlich leiser, auf der Hessesstrasse um etwa zwei bis drei Dezibel. Das entspricht der Halbierung des Verkehrs. Davon profitieren nicht nur jene Anwohnenden mit Lärmschutzmassnahmen, sondern sämtliche Anwohnenden. Das finanzielle Tor kann erzielt werden, weil mit Tempo 30 sehr wahrscheinlich auf zwei von fünf geplanten Lärmschutzwänden verzichtet werden kann, was eine Einsparung von rund 105'000 Franken generieren würde. Zum sozialen Tor: Die Hessesstrasse würde sicherer werden. Tempo 30 ist ein wesentliches Element der Schulwegsicherung. Ist ein Auto mit 30 Stundenkilometern unterwegs, beträgt der Bremsweg 14 Meter, bei Tempo 50 ist die Geschwindigkeit nach 14 Metern Bremsweg immer noch Tempo 50. Ich danke dem Gemeinderat, dass er bereit ist, das Postulat anzunehmen und wir bitten euch, dem Postulat zuzustimmen. Damit auf der Hessesstrasse die Schulwegsicherung gewährleistet ist, fordern wir den Gemeinderat auf, beidseitig die Markierung von Velostreifen anbringen zu lassen.

Herr Valentin Lager (CVP): Ich bin nicht ganz sicher, ob diese drei Tore nicht Eigentore sein können. Der ökologische Faktor: Möglicherweise wird durch Tempo 30 weniger Benzin benötigt, betrachte ich allerdings meinen Verbrauchsanzeiger im Auto, stimmt das nicht ganz. Sicher werden aber durch die Umfahrung der Hessesstrasse via Bündenackerstrasse mehr Kilometer gefahren, wodurch das gesparte Benzin gleich wieder verbraucht wird. Das finanzielle Tor: Eine Tempo-30-Zone einzurichten, kostet etwas und die eingesparten Lärmschutzwände müssten dann entlang der Wabersackerstrasse erstellt werden. Das soziale Tor: Möglicherweise wird auf der Hessesstrasse mit Tempo 30 ein soziales Tor erzielt, das jedoch sicher auf Kosten anderer entlang der Wabersackerstrasse oder der Stationsstrasse. Ich bin nicht ganz sicher, ob diese Tore wirklich zu unseren Gunsten sind.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Einrichtung von Tempo 30 im Zentrum von Köniz hat eine Signalwirkung und uns war bewusst, dass dadurch die Einrichtung von Tempo 30 auch auf nicht reinen Quartierstrassen verlangt wird. Wie Hansueli Pestalozzi erklärt hat, nahm der Kanton eine Kehrtwendung vor und somit stimmt das vor zwei Jahren Erklärte nicht mehr. Auch wir sind auf die Antwort des Kantons gespannt und sind froh, Hugo Staub, dass Tempo 30 nicht auf dem ganzen Basisnetz verlangt wird, wobei dieses Anliegen ein Legislaturziel sein könnte. Zur finanziellen Situation: Auch wenn durch Tempo 30 Lärmschutzwände eingespart werden könnten, müsste - weil die Hessesstrasse eine Gerade ist - mit baulichen Massnahmen versucht werden, die Strasse zu beruhigen. Ich bitte euch mit Sicht auf die Schulwegsicherheit, das Postulat anzunehmen.

Mit 17 : 18 Stimmen fasst das Parlament folgenden

Beschluss

Das Postulat Staub Hugo (SP) betr. Tempo 30 auf der Hessesstrasse (0604) wird abgelehnt.

15. Interpellation Stucki, Kohler betr. Zulässigkeit von Motionen - klare Kriterien

Beantwortung 0605; Direktion Präsidiales und Finanzen

Herr Mark Stucki (FDP): Gut ist, wenn ein Parlament weiss, was es macht und welche Wirkung das Gemachte hat. Das gilt ganz besonders für unsere parlamentarischen Mittel. Ich bin froh, dass der Gemeinderat in seiner Antwort erklärt, die Praxis bei der Zulässigkeit von Motionen sei nicht immer klar und einheitlich gewesen. Ich gehe mit dem Gemeinderat einig, dass Richtlinienmotionen - die viele Gemeinden kennen - ein unbrauchbarer Zwitter sind, eine Art "Mostulat". Staatspolitisch korrekt ist auch, dass in einem möglichen Streitfall das Parlament über eine Überweisung eines Vorstosses als Motion oder Postulat zu entscheiden hat. Wir dürfen nicht vergessen, dass es bei parlamentarischen Vorstössen meistens um die Frage von politischen Prioritäten geht. Wenn sich jedoch politische Prioritätenordnungen im Laufe der

Zeit ändern, dürfen wir uns nicht scheuen, diese Diskussionen zu führen. Eine Überweisung des Vorstosses als Motion ist mit einer geschickten Formulierung via Art. 44 der GO (Gemeindeordnung) auch heute in den meisten Fällen bereits möglich. Hier bleibt die Antwort des Gemeinderates zu Frage 2 verständlicherweise recht einsilbig. Es geht mir nicht darum, ein Gegeneinander von Parlament und Gemeinderat zu konstruieren. Wichtig ist, dass ein Milizparlament einem weitgehend professionellen Gemeinderat gegenüber selbstbewusst und souverän auftritt und seine Einflussmöglichkeiten konsequent ausnützt. Dem Gemeinderat danke ich für sein Verständnis und seine Antwort, von welcher ich mich befriedigt erkläre.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

16. Interpellation SP betr. Beleuchtung Fussgängerstreifen

Beantwortung 0606; Direktion Planung und Verkehr

Frau Annemarie Berlinger (SP): Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Nach einigem Suchen fand ich die Antworten auf alle meine Fragen, denn sie waren zum Teil nicht richtig nummeriert. Ich erkläre mich von der Antwort befriedigt und danke für die sorgfältigen Abklärungen und die bereits erfolgten Anpassungen.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

17. Interpellation Egli (SP) / Krebs (SVP) betr. Wie weiter in Niederwangen und im Ried

Beantwortung 0607; Direktion Planung und Verkehr

Frau Claudia Egli (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Seit dem Einreichen des Vorstosses ist im Zusammenhang mit der geplanten Überbauung Ried vieles geschehen und wir bemerkten, dass sich der Gemeinderat in dieser Frage stark engagiert und sich weiterhin Gedanken machen wird. Wir sind froh darüber und werden diese Schritte mitverfolgen. Ein Hinweis zu den drei Turmbauten gemäss Wettbewerbsergebnis 04: Nachdem das Bauhaus nächstens eröffnet wird und der Ausbau auf dem Fust-Areal bald realisiert ist, erstaunt mich, dass die dringliche zusätzliche Erschliessung der S-Bahn-Station Niederwangen mittels der drei erwähnten Turmbauten erst jetzt in den Gemeinderat gelangte. Wenn jedoch etwas Gutes realisiert wird, erklären wir uns damit einverstanden. Ich erkläre mich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

18. Verschiedenes

Der Parlamentspräsident:

Folgender Vorstoss ist eingegangen:

0616 Überparteiliche Motion SVP, FDP, CVP/EVP, SD betr. Änderung der Öffnungszeiten der Poller an der Landorfstrasse

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bin zum Verwaltungsbericht 2005 noch eine Antwort schuldig. Dies betraf die Frage, ob die Eventualverpflichtung für die Liegenschaft am Sonnenweg 16 zeitlich befristet ist und wenn ja, wie lange. Der Käufer kann frühestens zweieinhalb Jahre und spätestens neuneinhalb Jahre nach der Eröffnung der Verkehrsverbindung Bläuacker davon Gebrauch machen. Das heisst, die Eventualverpflichtung der Gemeinde dauert von November 2005 bis November 2012.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich informiere darüber, dass der Gemeinderat am 14. Juni 2006 über das Mitwirkungsverfahren Ried diskutierte. Der Mitwirkungsbericht und die Petition werden Ende dieser Woche an alle Beteiligten versandt und am Freitag, 30. Juni 2006 wird eine Pressekonferenz dazu stattfinden. In der Zwischenzeit finden Verhandlungen mit der APW (Arbeits- und Planungsgruppe Wangental) und der MEG Miteigentümergeinschaft Ried) statt, über diese Verhandlungen wurde Stillschweigen vereinbart, bis ein Resultat - wie auch immer es ausfällt - erzielt wird.

Frau Elsbeth Troxler (SP): Ich bitte euch um Aufmerksamkeit für ein spezielles Anliegen: Am 27. Mai 2006 wurde ein Einwohner von Köniz in Lörrach an der Schweizer Grenze verhaftet und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Der Grund: Die Interpol sucht diesen Mann wegen Beihilfe zu Mord in drei Fällen. Dieser Mann ist jedoch erwiesenermassen unschuldig. Der gebürtige Türke konnte nach Jahren von politischer Verfolgung in der Türkei nach Italien fliehen und wurde dort wegen Beihilfe zu Mord in drei Fällen durch die Interpol verhaftet. Die italienischen Behörden gewährten ihm jedoch politisches Asyl, weil sich diese Anschuldigungen als haltlos erwiesen. Herr Dursun Güner konnte daraufhin in die Schweiz einreisen. Das ist deshalb wichtig, weil seine Frau und seine Tochter bei uns als anerkannte Flüchtlinge leben. Zwei Jahre später wurde auch er als Flüchtling anerkannt. Wird Dursun Güner an die Türkei ausgeliefert, drohen ihm Gefängnis und Folter. Es ist bekannt, dass der türkische Staat geflüchtete Oppositionelle auch im Ausland weiterverfolgt. Er stellt Haftbefehle für angeblich in der Türkei begangene Straftaten aus und missbraucht dabei das internationale Fahndungssystem Interpol. Solches passiert nicht zum ersten Mal. Bereits vor etwa fünf Jahren geschah dasselbe einem anderen Könizer Bürger in Slowenien. Für Dursun Güner bildete sich ein breites Unterstützungskomitee, viele Menschen setzen sich mittels einer Petition an den deutschen Bundespräsidenten für die Freilassung von Dursun Güner ein. Ich selber kenne seine Frau und seine Tochter und es ist wichtig, dass sich Köniz als Wohngemeinde der Familie gegen diese Ungerechtigkeit engagiert und bitte euch, die Petition zu unterschreiben.

Herr Valentin Lager (CVP): Ich stelle eine Frage, die ich jedoch ganz bewusst nicht heute Abend beantwortet haben will, da dafür Abklärungen notwendig sind. Ich wurde von einem Gemeindegänger angesprochen, der feststellte, dass wiederholt zwischen Schliern und Köniz Verkehrsbeschilderungen Vandalenakten zum Opfer fallen. Dazu die folgenden Fragen: Hat die Gemeinde Köniz Kenntnis davon? Werden diese Verkehrsschilder wieder - auf eigene Kosten - geflickt? Was kann gegen solche Vandalenakte unternommen werden? Hat die Gemeinde Köniz die Möglichkeit, Anzeige gegen Unbekannt einzureichen? Sind allenfalls Einwohnende der Gemeinde Köniz als Steuerzahler beschwerdeberechtigt?

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Diese Fragen können zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Frau Ursula Wyss (GFL): Ich habe eine Frage zum Eichholz: Den Medien konnte entnommen werden, dass im Eichholz einmal mehr eine Schlägerei stattfand und die Broncos - gemäss Medien - sehr spät eingegriffen habe. Stimmt das so? Wenn ja, weshalb. Etwas Positives: Die Verlegung des Spielplatzes im Eichholz nach hinten war eine gute Entscheidung. Erstens ist jetzt an der Aare mehr Platz für "Brätler" vorhanden und zweitens ist der Spielplatz in einem guten Zustand und sieht nicht mehr so verkommen aus. Ich danke der Verwaltung für die unbürokratische und schnelle Aktion. Vor allem danke ich den Herren Werner Zahnd und Gertsch.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Zu den Vorkommnissen im Eichholz: Wir haben die Rapporte der Broncos zu diesen Ereignissen genau geprüft. An diesem Abend war im Eichholz sehr viel los und es gab viele Konfliktherde an diversen Stellen. Im Eichholz ist es auch, weil es dunkel ist, schwierig, sofort und überall alles mitzubekommen. Die Broncos versicherten, dass in den drei Jahren, seitdem sie im Eichholz Kontrollen vornehmen, noch nie eine so aggressive Stimmung vorhanden war, wie an besagtem Abend und aus diesem Grund hätten sie alle Hände voll zu tun gehabt.

Herr Alfred Arm (SP): Wie bekannt, setze ich mich für Kulturelles im Schlossareal Köniz ein. Der Presse ist zu entnehmen, dass der Gemeinderat für den Rossstall - der seit Anfang Jahr durch eine Umzäunung verunziert wird - ein Abbruchgesuch stellt. Dieses Gesuch löste Reaktionen aus. Es war von Schildbürgerstreich, von Schnellschuss und von Provokation die Rede. Es zeugt nicht von weitläufigen und grossen Visionen, wenn ein Abbruchgesuch publiziert wird. Wurde bereits darüber diskutiert, was hier geschieht? Will man mit diesem Gesuch gar eine Antwort des Denkmalpflegers provozieren?

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich beantworte diese Fragen heute nicht, da ein Verfahren im Gang ist. In diesem Verfahren wird der Gemeinderat darüber diskutieren müssen, wie es weitergehen soll. Zu gegebener Zeit werde ich darüber informieren.

Der Parlamentspräsident: Ich wünsche euch einen schönen Abend, einen guten Fussballmatch, der hoffentlich mit einem Schweizer Sieg enden wird. Ebenfalls wünsche ich euch allen schöne und erholsame Sommerferien. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 21. August 2006 um 19.00 Uhr statt.

Schluss der Sitzung um 20.05 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident Die Sekretärin

Niklaus Hofer Anita Fehlmann